

## **Eidgenössische Volksinitiativen**

### **Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide (Pestizidinitiative) &**

### **Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz (Trinkwasserinitiative)**

#### **Worum geht es bei den Initiativen?**

##### **Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide (Pestizidinitiative)**

Die Pestizidinitiative verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege generell verboten wird. Darüber hinaus soll auch die Einfuhr von Lebensmitteln, welche mithilfe von Pestiziden hergestellt worden sind oder solche enthalten, verboten werden.

##### **Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz (Trinkwasserinitiative)**

Die Trinkwasserinitiative fordert, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen des Bundes unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, ohne prophylaktischen Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung auskommen und deren Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Mit dieser Änderung des Direktzahlungssystems soll das Trinkwasser vor Auswirkungen des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika in der Landwirtschaft besser geschützt sowie ein zu hoher Nutztierbestand verhindert werden.

## **Abstimmungsempfehlungen und «Gegenvorschlag»**

Der Ständerat empfiehlt die beiden Initiativen zur Ablehnung: Die Pestizidinitiative mit 31 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen und die Trinkwasserinitiative mit 31 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Der Nationalrat empfiehlt die beiden Initiativen ebenfalls zur Ablehnung: Die Pestizidinitiative mit 111 zu 78 Stimmen bei 7 Enthaltungen und die Trinkwasserinitiative mit 107 zu 81 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP lehnt die beiden Initiativen grossmehrheitlich ab.

Das Parlament hat den Handlungsbedarf in diesem Bereich aber klar erkannt. Die ständerätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-S) hat auf Initiative der Mitte-Ständeräte einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der sich den zentralen Anliegen der beiden Initiative annimmt. So sollen die Massnahmen des bundesrätlichen Aktionsplanes für Pflanzenschutzmittel neu auf Gesetzesstufe verpflichtend festgelegt werden. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und die damit verbundenen Umweltrisiken für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume sowie auch für die Bevölkerung durch das als Trinkwasser genutzte Grundwasser, soll halbiert werden. Neben Pflanzenschutzmitteln sollen auch der Umgang mit Biozidprodukten angepasst werden. Dabei nimmt die ständerätliche Vorlage sowohl die Landwirtschaft als auch die öffentliche Hand und private Anwender in die Pflicht. Auch soll mit der Vorlage das Problem des übermässigen Düngens angegangen werden und bis 2030 eine angemessene Reduktion des Stickstoff- und Phosphorverlust erreicht werden. Die Vorlage wurde bereits im Parlament beraten und steht kurz vor Abschluss.

## **Das sagen die Gegner der Initiativen**

### **Pestizidinitiative**

#### **Lebensmittel werden teurer – Ernährungssicherheit wird gefährdet**

Eine Annahme der Pestizidinitiative würde die Produktion von Lebensmitteln in der Schweiz stark einschränken, da wichtige Hilfsmittel fehlen, um die Ernte vor Schädlingen zu schützen. Dies verteuert die Produktion. Als Folge würden auch die Lebensmittelpreise für die Konsumentinnen und Konsumenten klar steigen. Es müsste mit einer weiteren ungewollten Zunahme des wirtschaftsschädigenden Einkaufstourismus gerechnet werden. Auch die Einkaufspreise für Hotellerie und Gastronomie würden steigen, was die Tourismusbranchen schwer treffen würde: Sind doch die Schweizer Preise im Vergleich mit unseren Nachbarländern schon so kaum wettbewerbsfähig.

#### **Konflikt mit der geltenden Verfassung und Gefährdung der Ernährungssicherheit**

Eine Annahme der Initiative hätte einen Konflikt auf Ebene Verfassung zur Folge, da sich das Schweizer Stimmvolk 2017 deutlich dafür ausgesprochen hat, die Ernährungssicherheit in die Bundesverfassung aufzunehmen. Diese ist durch die Initiative akut gefährdet. Gleichzeitig würde die hiesige Lebensmittelverarbeitungsindustrie enorm leiden. Beispielsweise wäre der Import von Kakao und Kaffee praktisch verboten, womit die gesamte Schokoladenindustrie betroffen wäre und tausende Arbeitsplätze bedroht wären.

#### **Keine Evidenz für Wirksamkeit**

Die Pestizidinitiative nimmt keinerlei Rücksicht auf geltende Bestimmungen im Umweltschutz, die sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen. Damit Pestizide in Verkehr gesetzt werden können, müssen sie sehr strenge Zulassungsverfahren durchlaufen. Dies gilt sowohl für synthetisch als auch für nicht-synthetisch hergestellte Pestizide. Bewilligt werden nur diejenigen Pestizide, die beim vorschriftsgemässen Umgang keine Nebenwirkungen auf Mensch und Umwelt haben. Dasselbe gilt für Lebensmittel, welche regelmässig auf Rückstände kontrolliert und wenn nötig aus dem Verkehr gezogen werden. Die Initianten sehen hingegen im Einsatz von Pestizid eine pauschale Bedrohung der öffentlichen Gesundheit, ohne die bereits bestehenden wissenschaftlich fundierten Schutz- und Kontrollmassnahmen zu berücksichtigen.

## **Trinkwasserinitiative**

### **Ziele verfehlt**

Bereits heute sind Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe an die Einhaltung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) geknüpft. So müssen Bäuerinnen und Bauern ihre Tiere nach den Tierschutzgesetzgebungen halten, eine ausgeglichene Düngerbilanz aufweisen oder ihren Beitrag zum Erhalt und Förderung der Biodiversitätsflächen leisten. Eine Annahme der Trinkwasserinitiative könnte dazu führen, dass landwirtschaftliche Betriebe vom Direktzahlungssystem ausgeschlossen werden. Damit sind sie aber auch nicht länger den strengen Anforderungen des ÖLN verpflichtet, wodurch die Umweltbelastung in der Produktion nicht ab-, sondern zunimmt. So verfehlt die Initiative ihre Ziele. Gleichzeitig müssten auch mehr Lebensmittel importiert werden, um die Sicherstellung der Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Damit würde das Problem ins Ausland verlagert, wo unter Umständen keine oder weniger strenge Voraussetzungen im Bereich Tierwohl und Umweltschutz gelten. Zudem würden die Preise für pflanzliche und tierische Lebensmittel wohl steigen.

### **Auch Bio-Bauern betroffen**

Auch Bio-Betriebe würden unter der Annahme der Trinkwasserinitiative erheblich leiden. Denn auch sie setzen verschiedentlich Pestizide ein, um beispielsweise Schnecken abzuwehren. Der biologische Anbau von Gemüse, Obst oder Kartoffeln ist dadurch unmittelbar bedroht. Erhebliche Schwankungen in den Erträgen wären die Folge, welche wohl ebenfalls Preissteigerungen zur Folge hätten und durch verstärkte Einkäufe im Ausland kompensiert werden müssten.

### **Einsatz von Antibiotika auf Vorrat ist schon verboten**

Bereits seit 2016 ist es verboten, Antibiotika, die zum prophylaktischen Einsatz vorgesehen sind, auf Vorrat abzugeben oder zu verschreiben. Der vorsorgliche Einsatz von Antibiotika ist schon heute nur noch dann zulässig, wenn konkrete Anzeichen einer Krankheit für eine Tiergruppe besteht und dies von einem Tierarzt festgestellt wurde.

Die rückläufigen Zahlen des Antibiotikaeinsatzes zeigen klar auf, dass diese Massnahme bereits gut wirkt. Mit einem Verbot des prophylaktischen Einsatzes würde ein grösseres Tierleid und höheres Krankheitsrisiko in Kauf genommen. Eine Behandlung wäre nur noch zulässig, wenn Krankheiten in grossen Tierbeständen bereits ausgebrochen sind, was unter Umständen schliesslich zu einem höheren Verbrauch von Antibiotika führen könnte.

## **Das sagen die Befürworter der Initiativen**

### **Pestizidinitiative**

#### **Revolutionäres Umdenken gefordert**

Mit einem generellen Verbot würden deutlich weniger Pestizide in unsere Ökosysteme gelangen und Rückstände von Pestiziden in Lebensmitteln könnten vermieden werden. Auch könnte mit der Annahme der Initiative ein Umdenken bezüglich der Ressourcennutzung stattfinden. Die Schweizer Landwirtschaft wäre Europa und Weltweit revolutionär unterwegs und könnte sich als erwiesenermassen naturnah vermarkten. Gleichzeitig würde auch die Entwicklung alternativer Pflanzenschutzmethoden an Bedeutung gewinnen.

#### **Langfristige gesundheitliche Beeinträchtigung**

Die Initiantinnen und Initianten gehen davon aus, dass bei der Überprüfung und Zulassung von Pestiziden, die langfristigen Auswirkungen nicht berücksichtigt werden können. Bereits sehr niedrige Konzentrationen von synthetischen Pestiziden könnten sich auf unsere Gesundheit schädlich auswirken. Die Zulassungsstellen seien deswegen oft gezwungen, ihre Entscheidungen im Nachhinein zu korrigieren. Dem könnte mit einem allgemeinen Verbot von synthetischen Pestiziden zuvorgekommen werden und damit das Risiko erheblich gesenkt werden.

## **Gefährdung der Umwelt**

Der Einsatz von synthetischen Pestiziden hat nicht nur Auswirkungen auf diejenigen Organismen, die sie direkt im Visier haben, sondern gefährdet auch andere lebendige Organismen. Synthetische Pestizide sind nur selten selektiv und bekämpfen kaum nur einen Schädling, sondern wirken sich grundlegend auf die Prozesse des Stoffwechsels aus, womit sie langfristig toxische Einflüsse auf die Lebensräume und die Nahrungsketten haben.

## **Trinkwasserinitiative**

### **Schutz der Gesundheit**

Für die Initiantinnen und Initianten der Trinkwasserinitiative steht der Schutz der Gesundheit im Vordergrund. Die in der Landwirtschaft eingesetzten Pestizide, Tierarzneimittel und der hohe Düngereinsatz belasten das Trinkwasser. Auch könne der hohe Einsatz von Antibiotika zu resistenten Bakterien führen, was als eine der grössten Gefahren für unsere Gesundheit eingeschätzt wird. Um diese nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen zu verhindern, setzt die Initiative mit einem Verbot bei der Landwirtschaft an.

### **Fruchtbarkeit der Schweizer Böden verbessern und langfristig erhalten**

Neben dem Schutz der Gesundheit will die Initiative die Fruchtbarkeit unserer Böden erhalten. Die Initiantinnen und Initianten gehen davon aus, dass die gegenwärtige oft überintensive, einseitig auf Höchstleistung getrimmte Produktion unsere Böden und das Wasser schädigt. Dies führt zunehmend zu einem Rückgang des Produktionspotenzials. Um diese Art der konzentrierten Bewirtschaftung überhaupt zu ermöglichen, ist die Schweiz stark abhängig von Betriebsmittelimporten wie Futtermittel, Pestiziden oder Dünger. In Krisenzeiten würden ohne diese Importe das System kollabieren, womit auch die Ernährungssicherheit gefährdet ist.

Aus diesem Grund verlangt die Initiative eine Systemänderung, da nur ein schonender und ökologisch orientierter Anbau die Fruchtbarkeit der Böden langfristig erhalten und damit auch die Ernährungssicherheit in der Schweiz gewährleisten kann.

### **Vereinfachung des Modells**

Die Annahme der Trinkwasserinitiative würde das geltende Direktzahlungssystem gemäss Initiantinnen und Initianten massiv vereinfachen. Direktzahlungsmassnahmen im Bereich Gewässer- und Pflanzenschutz könnten aufgehoben werden, da eine Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben des ÖLN obsolet würde. Dies hätte eine deutliche administrative Entlastung zur Folge.

### **Abstimmungsempfehlungen:**

Der Nationalrat empfiehlt die beiden Initiativen wie folgt zur Ablehnung

Pestizidinitiative: 111 zu 78 bei 7 Enthaltungen

Trinkwasserinitiative: 107 zu 81 bei 7 Enthaltungen

Der Ständerat empfiehlt die beiden Initiativen wie folgt zur Ablehnung

Pestizidinitiative: 31 zu 9 bei 4 Enthaltungen

Trinkwasserinitiative: 31 zu 9 bei 4 Enthaltungen

Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP lehnt die Pestizidinitiative im Nationalrat mit 27 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung und im Ständerat mit 13 zu 0 Stimmen ab. Auch die Trinkwasserinitiative lehnt die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP im Nationalrat mit 28 zu 3 Stimmen und im Ständerat mit 13 zu 0 Stimmen ab.